

Ratschlag Energie: Start der Hotline

Hilfestellung so leicht zugänglich wie nur eben möglich: Das ist die Idee der Hotline „Ratschlag Energie“, die seit diesem Montag offiziell am Netz ist. Das Angebot ist als eine Art Vermittlung zu verstehen und richtet sich an Menschen, die vor Problemen im Zusammenhang mit der Energiekrise stehen.



Die Hotline ist ein gemeinsames Projekt verschiedener Akteure, die Landrat Mario Löhr im Herbst an einen Tisch geholt hatte. AWO Schuldnerberatung und Verbraucherzentrale NRW sowie Agentur für Arbeit und Jobcenter Kreis Unna waren unter anderem an der Konzeption beteiligt. Der gemeinsame Anspruch ist, Menschen im Kreis Unna zu helfen – und zwar insbesondere diejenigen, die bislang gut über die Runden gekommen sind und noch keinen Kontakt zu Beratungsleistungen dieser Art hatten.

Das Angebot sollte simpel sein, die Wirkung aber möglichst groß. Und was ist einfacher, als eine Telefonnummer zu wählen? Wer den Eindruck hat, Beratung im Zusammenhang mit der Energiepreisentwicklung zu benötigen, muss nicht erst die geeignete Stelle suchen – sondern wird über die Hotline „Ratschlag Energie“ gleich an die richtige vermittelt. Die Fragestellungen können dabei vielseitig sein: Vielleicht hat der Energieversorger den Vertrag gekündigt oder die Lieferung eingestellt – im schlechtesten Falle wurde beispielsweise eine Energiesperre angedroht.

Mit Problemen wie diesen können Menschen sich an die Hotline

„Ratschlag Energie“ wenden, die montags bis freitags in der Zeit von 8 bis 18 Uhr unter Tel. 02303/271313 erreichbar ist. Die Mitarbeitenden der Hotline bieten selbst keine Beratung an, sondern filtern anhand eines Fragebogens die Stelle heraus, die am besten helfen kann – und vereinbaren auf Wunsch eine Rückrufbitte. In jedem Falle sollten Menschen sich aber zunächst an ihren Energieversorger wenden – insbesondere dann, wenn es um Fragen zu Jahresverbrauchsabrechnungen geht oder hohe Nachzahlungen beziehungsweise Abschlagszahlungen anstehen.

„Ich weiß, dass Energiekrise und Inflation in vielen Menschen Ängste und Sorgen auslösen“, sagt Landrat Mario Löhr. „Ich kann niemandem seine Sorgen nehmen. Aber ich versuche, meinen Einfluss so gut es geht geltend zu machen, um die Folgen bestmöglich abzufedern.“

Das war von Anfang an der Antrieb von Landrat Mario Löhr, als er im Herbst die Initiative ergriffen und den Runden Tisch Energiekrise ins Leben gerufen hatte. Da drohte der Winter noch weitaus dramatischer zu werden, zwischenzeitlich hat die Bundesregierung angesichts stark steigender Preise jedoch drei milliardenschwere Entlastungspakete auf den Weg gebracht, die insbesondere die hohen Energiekosten abfedern. Gleichwohl wollen die Projektbeteiligten an dem Konzept festhalten – insbesondere auch, weil damit zu rechnen ist, dass die Lage auch im nächsten Winter angespannt bleibt. Es sei gut, wenn man dann auf erprobte Konzepte zurückgreifen könne, so Landrat Löhr.

Neben der Hotline „Ratschlag Energie“ hat der Runde Tisch von Landrat Mario Löhr unter anderem Veranstaltungen für Wirtschaftstreibende und Verbraucher durchgeführt. Zudem läuft gegenwärtig ein gemeinsames Beratungsangebot, das in Kamen erprobt und je nach Nachfrage auf weitere Kommunen ausgerollt werden soll: An jedem Dienstag im Januar bieten Mitarbeitende von AWO Ruhr-Lippe-Ems, GSW Kamen, Bönen, Bergkamen und Verbraucherzentrale NRW sowie Jobcenter Kreis Unna und Stadt

Kamen in der Zeit von 16 bis 18 Uhr in der Kamener Geschäftsstelle des Jobcenter eine gemeinsame Anlaufstelle für ihre Fragen rund um die Energiekrise an. PK | PKU

Kostenloses Online-Seminar informiert über Stecker-Solaranlagen und die Fördermöglichkeiten.



Eine Stecker-PV-Anlage kann man auch auf einem sonnigen Plätzchen im Garten platzieren. Foto: deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS e.V.).

Solarstrom vom Dach ist längst günstiger als Strom aus dem Netz. Doch bisher konnten hauptsächlich Hausbesitzer Solarstrom selbst erzeugen. Sie müssen jedoch keine Photovoltaikanlage auf dem Dach haben, um ihren eigenen Solarstrom zu erzeugen. Denn sowohl Hauseigentümer, auch als Mieter und Wohnungseigentümer, jeder Haushalt kann dazu beitragen die Energiewende voran zu treiben: Mit einem Stecker-Solargerät.

Als Stecker-Solargerät oder auch Balkonmodul werden kleine Photovoltaik-Systeme bezeichnet, die an eine Steckdose auf dem Balkon oder der Terrasse angeschlossen werden können. Bis zu 15 Prozent des eigenen Strombedarfs lassen sich auf diese Weise günstig, technisch sicher und gleichzeitig klimafreundlich direkt vor Ort erzeugen. Die kleinen Anlagen erzeugen somit genug Energie, um Dauerverbraucher wie Kühlschrank oder Stand-By-Geräte zu versorgen.

Inzwischen sind in Deutschland über 200.000 Stecker-Solargeräte in Betrieb – mit stark steigender Tendenz. Doch auch bei diesen einfachen Stecker-Solargeräten gibt es einige Rahmenbedingungen, die Interessierte kennen und beachten sollten.

„In einer kostenlosen Online-Veranstaltung am 18.01.2023 um 18:00 – 19:30 Uhr wollen wir Ihnen die Möglichkeiten aufgezeigt, wie mit einem Stecker-Solargerät eigener Strom für Ihr Zuhause gewonnen werden kann“, erklärt Kristina van Riswyck von der Bergkamener Stabsstelle Klimaschutz.

Sind solche Geräte auch für meine Wohnung geeignet? Wo können Stecker-Solargeräte gekauft werden? Welche Formalitäten gilt es zu beachten? Wie teuer und wie wirtschaftlich sind diese Anlagen und welche Fördermöglichkeiten bietet Ihnen die Stadt Bergkamen?

Rüdiger Brechler, aktives Mitglied in der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS e.V.), wird auf diese und

viele weitere Fragen eingehen. Am Ende des Online-Kurses werden die Teilnehmenden ganz sicher wissen, ob Stecker-Solargeräte ein Thema für den eigenen Haushalt sind.

Die Teilnahme am Seminar am 18.01.2023, 18:00-19:30 Uhr, ist denkbar einfach. Einzige Voraussetzungen dafür sind ein Endgerät mit Internet und eine vorherige Anmeldung bei Kristina van Riswyck– telefonisch unter 02307/965-384 oder per E-Mail an k.vanriswyck@bergkamen.de. Nach erfolgter Anmeldung erhalten interessierte Personen einen Link zur Veranstaltung zugeschickt.

Weitere Infos gibt es hier: <https://www.DGSe.V.dgs.de/aktuell/>

Baumaßnahme der GSW am Stromnetz in Bergkamen: Neue Versorgungsleitungen „An den Stapeläckern“

Das Stromnetz in Bergkamen wird erneuert: Die Gemeinschaftsstadtwerke (GSW) Kamen, Bönen, Bergkamen erneuern die Versorgungsleitungen in ihrem Strom-Netz in der Straße „An den Stapeläckern“. Ab Ende Januar 2023 werden die Tiefbauarbeiten zur Erneuerung der Stromleitung auf einer Gesamtlänge von etwa 600 Metern beginnen. Angefangen von der Hausnummer 1 in nördlicher und südlicher Richtung bis zur Hausnummer 16 wird sich die Maßnahme über die Straße „Am Römerberg“ bis zur Hermannstraße, Hausnummer 3, erstrecken.

Bei dieser Baumaßnahme werden die Hauptleitungen im

Niederspannungsnetz ausgetauscht. Die Hausanschlüsse müssen in diesem Zuge überprüft und gegebenenfalls erneuert werden und auf die neue Hauptleitung umgebunden werden. Im Fall einer vorübergehenden und unvermeidlichen Versorgungsunterbrechung informieren die GSW die betroffenen Kundinnen und Kunden rechtzeitig darüber. Die Baumaßnahme wird voraussichtlich etwa neun Monate andauern. Im Zuge dieser Baumaßnahmen kann es durch eine Vollsperrung einzelner Straßenabschnitte zu Beeinträchtigungen im Straßenverkehr kommen, wofür die GSW um Verständnis bitten.

Um eine sichere und zuverlässige Versorgungssicherheit zu gewährleisten, investieren die GSW regelmäßig in die Instandhaltung und Erneuerung ihrer Netze.

Strom- und Wärmepreisbremse bringen Entlastung für GSW-Kunden – Gaspreisbremse kommt nicht zum Tragen

Entlastung bald spürbar: Die Bundesregierung hat ein umfangreiches und milliardenschweres Maßnahmenpaket geschnürt, um die Bürgerinnen und Bürger in der Energiekrise zu entlasten. Mit den sogenannten Strom-, Gas- und Wärmepreisbremsen soll die Mehrbelastung der Bürger durch die exorbitant gestiegenen Energiepreise abgefedert werden. Die Verantwortlichen der Gemeinschaftsstadtwerke (GSW) Kamen, Bönen, Bergkamen arbeiten derzeit mit Hochdruck daran, die Abwicklung der Preisbremsen vorzubereiten.

Die staatlich gedeckelten Preise entfalten ihre Wirkung ab

März 2023 und sind rückwirkend zudem für Januar und Februar 2023 anzuwenden. Die Preisbremsen gelten jeweils für einen Großteil des Energieverbrauches und den Arbeitspreis.

Für private Haushalte und kleinere Gewerbekunden gilt für 80 Prozent des prognostizierten Jahresverbrauches:

- Strom: 40 Cent pro Kilowattstunde (brutto)
- Gas: 12 Cent pro Kilowattstunde (brutto)
- Wärme: 9,5 Cent pro Kilowattstunde (brutto)

Für Industriekunden und Vielverbraucher (Jahresverbrauch von mehr als 30.000 Kilowattstunden im Strom und mehr als 1,5 Millionen Kilowattstunden im Gas oder in der Wärme) gilt für 70 Prozent des prognostizierten Jahresverbrauches:

- Strom: 13 Cent pro Kilowattstunde (netto)
- Gas: 7 Cent pro Kilowattstunde (netto)
- Wärme: 7,5 Cent pro Kilowattstunde (netto)

Für die Berechnung gilt jeweils der im September 2022 prognostizierte Jahresverbrauch. Auf Basis dieser Prognose wird der monatliche Entlastungsbetrag errechnet. Dazu werden 80 Prozent der Prognose ermittelt und mit der Differenz zwischen dem aktuellen Energiepreis und dem maximalen Energiepreis aus der Preisbremse multipliziert. Der so ermittelte Betrag wird durch elf Monate geteilt, um den monatlichen Entlastungsbetrag für die Kunden der GSW, die ihre Energierechnung in elf Abschlägen zahlen, zu bestimmen. Für den restlichen Verbrauch gilt jeweils der vertraglich vereinbarte Preis.

Gaspreisbremse kommt nicht zum Tragen, Strompreisbremse sorgt für Entlastung

Somit kommt die Gaspreisbremse bei den Kundinnen und Kunden der GSW nicht zum Tragen. Denn hier liegt der Arbeitspreis unter dem staatlichen Deckel von 12 Cent pro Kilowattstunde. In der Sparte Strom hingegen werden die Endverbraucher eine

Ersparnis durch die Preisbremse spüren. „Wir freuen uns, dass unsere Kundinnen und Kunden durch die Strompreisbremse eine deutliche Entlastung spüren“, erklärt Jochen Baudrexl, Geschäftsführer der GSW. Das gilt auch für Kunden in den Fernwärmenetzen Kamen Karree und Seseke Aue. Bei den Kunden im Fernwärmegebiet Bergkamen hingegen greift der Preisdeckel nicht, weil der Arbeitspreis hier unter der Preisbremse liegt.

Aufgrund der verschiedenen Energieträger und den damit verbundenen gesetzlich vorgeschriebenen Index-Werten stellen sich die Preise je Fernwärme-Netz unterschiedlich dar. So wird in Bergkamen Holz als Energieträger für das Biomasse-Heizkraftwerk genutzt. In Kamen hingegen wird mithilfe von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die mit (Gruben-)Gas betrieben werden, Wärme ins Netz eingespeist.

Die Kunden der GSW spüren die finanzielle Entlastung durch die Preisbremsen ab März 2023 und rückwirkend für die Monate Januar und Februar. Auf Grundlage der Jahresendabrechnung wird den Kunden der individuell berechnete Entlastungsbetrag sowie der neue monatliche Abschlag schriftlich mitgeteilt. Die Kunden müssen dafür nichts tun. Kunden, die für die Abschlagszahlung einen Dauerauftrag eingerichtet haben oder per Überweisung oder in bar zahlen, können ab März 2023 ihren Abschlag um den errechneten monatlichen Entlastungsbetrag reduzieren. Auf Grundlage der Jahresendabrechnung wird der individuelle Entlastungsbetrag sowie der neue Abschlag ab März errechnet. Wer als Mieter oder Wohnungseigentümer keinen direkten Vertrag mit den GSW abgeschlossen hat, erfährt die Entlastung über die vom Vermieter oder der Hausverwaltung angepassten Betriebskostenvorauszahlung.

Die Preisbremsen für Strom, Gas und Fernwärme bilden den zweiten Schritt im umfangreichen Entlastungspaket der Bundesregierung. Eine erste Entlastung haben die Kunden der GSW bereits erfahren. Sie mussten den Dezember-Abschlag für Erdgas und Wärme nicht zahlen. Eine genaue Abrechnung erfolgt hier ebenfalls mit der Jahresendabrechnung. Sollten Kunden zu

viel bezahlt haben, weil sie beispielsweise ihren Dauerauftrag für Dezember nicht pausiert haben, dann wird der zu viel bezahlte Betrag an die GSW gutgeschrieben. Antworten auf die wichtigsten Fragen rund um das neue Entlastungspaket der Bundesregierung gibt es auf der Internetseite der GSW unter www.gsw-kamen.de/unsereenergie

Veranstaltung „Ratschlag Energie“ in der Kamener Stadthalle bildet den Auftakt für neues Beratungsangebot

„Gemeinsam Lösungen finden“ – unter diesem Motto startet in Kamen in Kürze ein neues Beratungsangebot in der Energiekrise. Die aktuelle Situation auf dem Energiemarkt sorgt bei vielen Bürgerinnen und Bürgern für Fragen und Sorgen. Um diesem erhöhten Beratungsbedarf gerecht zu werden, bieten die Gemeinschaftsstadtwerke (GSW) Kamen, Bönen, Bergkamen und die Stadt Kamen gemeinsam mit der Verbraucherzentrale, dem Jobcenter des Kreises Unna, der AWO (Arbeiterwohlfahrt Ruhr-Lippe-Ems) und dem Kreis Unna ein neues Angebot an. Gemeinsam schaffen die verschiedenen Akteure ab Januar 2023 eine zentrale und niederschwellige Anlaufstelle in Kamen, um gebündelt alle wichtigen Fragen in der Energiekrise zu beantworten. „Wir erwarten, dass künftig auch Menschen ein solches Beratungsangebot in Anspruch nehmen werden, die zuvor noch nicht mit Zahlungsschwierigkeiten konfrontiert worden sind. Umso wichtiger ist es, ein niederschwelliges Angebot zu schaffen“, erklärt Jochen Baudrexler, Geschäftsführer der Gemeinschaftsstadtwerke (GSW) Kamen, Bönen, Bergkamen.

Um gebündelt die wichtigsten Fragen in der Energiekrise beantworten zu können, wird im Januar 2023 eine zentrale Anlaufstelle in der Kamener Geschäftsstelle des Jobcenters des Kreises Unna eingerichtet. Hier beraten Verantwortliche von den GSW, der AWO, der Verbraucherzentrale sowie des Jobcenters jeweils dienstags von 16 bis 18 Uhr interessierte Bürger. „Mit dieser Anlaufstelle möchten wir dafür sorgen, dass die Bürger an einem Ort alle Antworten auf die drängendsten Fragen erhalten“, sagt Baudrexl. Für die Mitarbeiter der beteiligten Institutionen könne dieses Angebot zudem dazu beitragen, die Vernetzung untereinander zu stärken. Durch die Bündelung der Kompetenzen ließen sich sowohl zusätzliche als auch unnötige Behördengänge und Wartezeiten vermeiden, betont Elke Kappen, Bürgermeisterin der Stadt Kamen. „Es ist wichtig, den Menschen eine kompetente Anlaufstelle und Hilfestellungen anbieten zu können. Je früher dies geschieht, desto besser ist das.“

Kamen könnte als Modellprojekt für die Region gelten

Das neue Beratungsangebot in Kamen wurde als beispielhaftes Projekt im Rahmen des Runden Tisches Energiekrise den Vertretern des Kreises Unna, aus Industrie, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, dem Jobcenter und der Verbraucherzentrale vorgestellt. „Für uns lässt sich die Idee auf unsere Kommunen im Versorgungsgebiet – auf Bergkamen und Bönen – leicht übertragen. Schön wäre es natürlich, wenn das Projekt darüber hinaus Nachahmer finden würde“, sagt Baudrexl.

Bevor das neue Angebot im Januar startet, findet eine Auftaktveranstaltung mit dem Titel „Ratschlag Energie“ am Montag, 19. Dezember, ab 18 Uhr, in der Stadthalle Kamen statt. Bei dem großen Informations- und Beratungsabend geben Vertreter der beteiligten Institutionen einen Einblick auf aktuelle Entwicklungen auf dem Energiemarkt und zeigen auf, welche (finanziellen) Unterstützungsmöglichkeiten es bei Zahlungsschwierigkeiten gibt. Im Anschluss wird es die Gelegenheit geben, ein individuelles und persönliches Beratungsgespräch zu führen. Dafür sind Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter aller beteiligten Institutionen sowie der Stadtverwaltung vor Ort. Die Teilnahme für Bürgerinnen und Bürger ist kostenlos und ohne Anmeldung möglich. Über die Einbindung von Multiplikatoren beispielsweise aus Vereinen und Verbänden, an die sich die Veranstaltung ebenfalls richtet, sollen zudem Menschen erreicht werden, die sich im ersten Schritt vielleicht nicht trauen, Beratung und Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Kamens Bürgermeisterin Elke Kappen wertet das neue Angebot als wichtiges Signal, dass die beteiligten Akteure die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und sich um unkomplizierte Lösungsmöglichkeiten kümmern. „Die Menschen sollen wissen, dass wir uns kümmern“, so die Bürgermeisterin. Entsprechend gern hat sich die Stadt Kamen bereit erklärt, die Auftaktveranstaltung in der Stadthalle Kamen zu übernehmen und als Modellkommune zu fungieren.

Statements der beteiligten Institutionen

Auch Uwe Ringelsiep, Geschäftsführer des Jobcenters Kreis Unna, befürwortet die Aktion: „Wir wollen frühzeitig informieren und Perspektiven für Betroffene aufzeigen. Im Januar bieten wir dann ein erweitertes Beratungsangebot mit den weiteren Kooperationspartnern jeden Dienstag von 16 – 18 Uhr in unserer Geschäftsstelle an.“

Rainer Goepfert, Geschäftsführer des AWO Unterbezirks Ruhr-Lippe-Ems bekräftigt ebenfalls den Bedarf eines solchen Angebots: „Fest steht, dass wir alle Anfang des nächsten Jahres bei der Energiekostenabrechnung mit einer saftigen Nachzahlung rechnen müssen. Ganz sicher können wir uns ebenfalls sein, dass sich viele Menschen bereits jetzt Gedanken darüber machen, wie sie diese Kosten zukünftig bezahlen sollen. Und genau aus diesem Grund sind wir sehr dankbar für die Veranstaltung „Ratschlag Energie“, auf der Möglichkeiten und Beratungsangebote vorgestellt werden. Auch wir sind Teil dieser Veranstaltung und sind an diesem Abend

mit unserer Schuldnerberatung vor Ort.“

Auch die Verbraucherzentrale begrüßt den neuen Ansatz der integrierten Zusammenarbeit: „Wir freuen uns über das gemeinsame Angebot. Bereits seit einigen Monaten verzeichnen wir einen „Run“ auf unser Energierechtsberatungsangebot. Dabei kommen nicht nur Verbraucher:innen in Notlage, auch Verunsicherte und Ratsuchende aus allen gesellschaftlichen Schichten“.

Jetzt doch Windkraft- oder Photovoltaikanlagen auf den Bergehalden? – Gemeinsamer Antrag von fünf Fraktionen des Stadtrats

Beim Sprecher des Aktionskreises „Wohnen und Leben Bergkamen“ Karlheinz Röcher und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern mögen jetzt die Sektkorken knallen – zumindest ein bisschen. Jahrelang haben sie sich für den Bau von Windkraftanlagen auf den Bergkamener Bergehalden ausgesprochen. Die Resonanz beim größeren Teil der Ratsfraktionen war bisher zurückhaltend bis ablehnend. Das hat sich angesichts von Energie- und Klimakrise geändert.

Gemeinsam legen die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP und die Linke dem Stadtrat in seiner nächsten Sitzung am 17. November einen Antrag vor, in dem der Regionalverband Ruhr (RVR) aufgefordert wird, geeignete Standorte für Windkraft- und oder Photovoltaikanlagen auf den

Halden zu benennen. Eine Voraussetzung gibt es aber für die Fraktionen: Diese Standorte müssen „ein verträgliches Mit- oder Nebeneinander von Anlagen zur Energieerzeugung, Naherholung, Freizeit und Tourismus sowie Natur- und Umweltschutz ermöglichen“.

Weiter heißt es in dem Antrag: „Weiterhin sollen die weiteren Planungsschritte in enger Abstimmung zwischen dem RVR, dem Rat und der Verwaltung der Stadt Bergkamen erfolgen. Ebenso sollen die GSW Gemeinschaftsstadtwerke Kamen, Bönen, Bergkamen bei einer konkreten Planung und Umsetzung einbezogen werden.“

Dieser Satz mag dem Aktionskreis nicht so ganz schmecken: Eine „Bürgerbeteiligung“ wird in dem Antrag nicht erwähnt. Die soll nach den Plänen des Aktionskreises über eine „Bürger-Energiegenossenschaft“ hergestellt werden. Geplant ist, diese Genossenschaft Anfang kommenden Jahres zu gründen.

Vorab hatte der RVR eine Potentialanalyse für seine Bergehalden als mögliche Standorte für Windkraft- und Photovoltaikanlagen veröffentlicht. Die Bergkamener Halden gelten seitdem als denkbare Kandidaten. Als Hinderungsgrund nannte ein Vertreterin des RVR, die in Bergkamen die Ergebnisse der Untersuchung in einer Veranstaltung des Aktionskreises im September den Widerstand der Kommunalpolitik gegen diese Planungen. In Bergkamen hat sich dies offensichtlich gründlich geändert.

**Neue Stromleitungen im
Reckweg in Bergkamen –**

Freileitungen werden abgerüstet: Bauarbeiten dauern etwa drei Wochen an

Neue Stromleitungen in Bergkamen: Die Gemeinschaftsstadtwerke (GSW) Kamen, Bönen, Bergkamen tauschen derzeit im Reckweg die Versorgungsleitungen im Stromnetz aus. Auf einer Strecke von rund 450 Metern wird die Niederspannungsfreileitung in der Luft durch erdverlegte Niederspannungskabel ersetzt. Um die Oberflächen nicht aufbrechen zu müssen und somit den Verkehr so wenig wie möglich zu beeinträchtigen, führen die GSW diese Arbeiten hauptsächlich mit dem sogenannten Spülbohrverfahren durch. Dieses Verfahren, mit dem Rohrleitungen unterirdisch und ohne eine Graben-Aushebung verlegt werden können, ist vergleichsweise schnell und ressourcenschonend. Die Arbeiten werden voraussichtlich etwa drei Wochen andauern.

Im Zuge der Baumaßnahme werden die Hausanschlüsse der Haushalte, die bisher durch die Freileitungen versorgt wurden, an das neue Erdkabel umgebunden. Im Fall einer vorübergehenden Versorgungsunterbrechung informieren die GSW die betroffenen Kundinnen und Kunden darüber. Die GSW bitten um Verständnis, sollte es zu Verkehrsbeeinträchtigungen kommen.

Um eine sichere und zuverlässige Versorgungssicherheit zu gewährleisten, investieren die GSW regelmäßig in die Instandhaltung und Erneuerung ihrer Netze.

Landrat lädt Unternehmen zum Energiedialog Kreis Unna

Zu erwartende Lieferengpässe für Energie und die massiv gestiegenen Kosten für Strom und Gas stellen Wirtschaft und Industrie im Kreis Unna vor enorme Herausforderungen. Um mit den Entscheidern der heimischen Betriebe ins Gespräch zu kommen, deren Sorgen und Nöte zu bündeln und Lösungen und konkrete Hilfen aufzuzeigen, lädt die WFG im Namen ihres Aufsichtsratsvorsitzenden Mario Löhr Unternehmerinnen und Unternehmer aus dem Kreis Unna für Donnerstag, 17. November zwischen 18.00 und 20.30 Uhr zum Energiedialog Kreis Unna in die Stadthalle Kamen ein.

„Als Landrat und Aufsichtsratsvorsitzender der Wirtschaftsförderung Kreis Unna (WFG) ist mir der Austausch in diesen herausfordernden Zeiten besonders wichtig. Nur gemeinsam wird es uns im Kreis Unna gelingen, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Krise bestmöglich aufzufangen.“, betont Landrat Mario Löhr. „Wir wollen die Veranstaltung nutzen, um mit ausgewiesenen Experten zum Thema Energiesicherheit und zu Unterstützungsmaßnahmen des Bundes für Unternehmen zu informieren“, erklärt WFG-Geschäftsführer Sascha Dorday die Intention des Energiedialoges Kreis Unna.

Nach einer Eröffnung durch Mario Löhr folgt ein Bericht aus Berlin des Bundestagsabgeordneten Oliver Kaczmarek zu den aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene.

Urs Neuhöffer, Geschäftsführer der Succedo Unternehmensberatung GmbH, wird in seinem Impulsvortrag zum Thema „Energiekosten und Versorgungssicherheit“ referieren. Der Experte berät seit vielen Jahren bundesweit energieintensive Letztverbraucher aus Industrie, Handel und Gewerbe, Energieanbieter, Hersteller sowie die öffentliche



IHK-Hauptgeschäftsführer Stefan Schreiber betont vor rund den 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Infoveranstaltung, dass „Wirtschaft und Gesellschaft nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen, da die Energiekrise nur gemeinsam gestemmt werden kann“. Foto: IHK zu Dortmund/Oliver Schaper

Die Energiekrise und die damit einhergehenden gestiegenen Kosten haben längst ein Ausmaß erreicht, das für zahlreiche Betriebe existenzbedrohend ist. Hinzu kommen massive Lieferengpässe, die der hiesigen Wirtschaft mehr und mehr zu schaffen machen. Vor diesem Hintergrund hat die Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Dortmund am 20. Oktober gemeinsam mit dem Unternehmensverband der Metallindustrie für Dortmund und Umgebung e. V. unter dem Titel „Quo vadis, Energieversorgung? Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft“ einen Infoabend veranstaltet, um eine Einschätzung der aktuellen Lage zu geben sowie betroffenen Unternehmen Orientierung und die Möglichkeit zu bieten, sich untereinander auszutauschen.

IHK-Hauptgeschäftsführer Stefan Schreiber fasste vor den rund

50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gleich zu Beginn mit eindringlichen Worten den Ernst der Lage zusammen: „Die Telefone stehen bei uns nicht mehr still. Und wir hören eines immer wieder deutlich: mehr Tempo! Die Unternehmen erwarten Entscheidungen seitens der Politik – sie brauchen Sicherheit.“ Im selben Atemzug warnte Schreiber ausdrücklich vor einer gesellschaftlichen Spaltung: Wirtschaft und Endverbraucher dürften mit ihren jeweils eigenen Sorgen und Nöten nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn „diese Krise können wir nur gemeinsam stemmen“.

Welche Maßnahmen die Politik aktuell erörtert oder bereits auf den Weg gebracht hat, und wie es derzeit um die Energieversorgung steht, fasste Louise Maizière zusammen, Referatsleiterin beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag in Berlin. Deutschland verfüge innerhalb der EU über die größten Speicherkapazitäten für Gas, und diese Speicher seien trotz des russischen Lieferstopps schon fast voll (96 Prozent) – Lieferungen kämen nun vermehrt aus den Niederlanden, Belgien und jüngst auch Frankreich. „Die Situation ist besser, als erwartet.“ Zudem habe die Politik bereits eine Reihe von Forderungen der IHKs aufgegriffen, etwa im Hinblick auf eine Senkung des Arbeitspreises für die Industrie. Dennoch wies Maizière mehrfach auf laufende Abstimmungsprozesse hin – auch auf EU-Ebene –, die schnelle Entscheidungen hinauszögerten.

Dominik Gertenbach indes, Vertriebsleiter der Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH, wies explizit darauf hin, dass „wir in Deutschland und der EU nicht bloß eine Gas- sondern eine generelle Energiekrise haben“. Dies insbesondere auch mit Blick auf die immense Preissteigerung auf dem Strommarkt, die in der Spitze bis zu 2000 Prozent betragen habe im Vergleich zum 1. Januar 2021. Diese Preisanstiege gingen einher mit teureren Krediten für die Unternehmen, was wiederum zu sinkender Liquidität führe, die erneut in höheren Preisen auf dem Markt resultiere. Ausdrücklich wies er darauf

hin, dass das Problem nicht überstanden sei, wenn der kommende Winter vorbei ist. „Wir müssen hier langfristig denken. Und wir müssen so wirtschaften können, dass wir auch im Winter 2023/2024 handlungsfähig sind.“

Ins gleiche Horn stieß Jan Zillmann, Geschäftsführer der Jäckering Mühlen- und Nährwerke GmbH in Hamm, und schilderte als Unternehmer die Auswirkungen der Krise auch unter einem weiteren Aspekt: „Die Unternehmen sind aufgerufen, Energie zu sparen. Doch wenn Unternehmen sparen, bedeutet das oft, dass sie weniger produzieren. Das sind Produkte, die anderen dann fehlen. Und genau das spüren wir in unserem Betrieb deutlich anhand unterbrochener Lieferketten.“ Mit Blick auf die Energiekrise und die längere Laufzeit von Atomkraftwerken hoffe er „auf mehr Pragmatismus, und weniger Idealismus“.

Die gestiegenen Preise an die Kunden komplett weiterzugeben, sei illusorisch, hob Dr. Andreas Denstorf hervor, Geschäftsführer der Ernst Schad GmbH in Dortmund. In seinem Beitrag legte er den Fokus vor allem auf produzierende Unternehmen im internationalen Wettbewerb. „Unsere Kunden in den USA können diese immensen Preissteigerungen nicht nachvollziehen. Und wenn wir sie ihnen erläutern, lautet die Antwort: Dann kommt zu uns und produziert hier in den USA. Etwas, das wir angesichts der niedrigeren Produktionskosten dort und der hohen Subventionen zur Ansiedlung von Industrie in Nordamerika auch durchaus erwägen müssen.“

In der anschließenden Diskussions- und Fragerunde, moderiert vom stellvertretenden IHK-Hauptgeschäftsführer Wulf-Christian Ehrich, wurde vor allem deutlich, dass die hiesigen Unternehmen seitens der Politik auf schnellere Entscheidungen und weniger Bürokratie pochen. „Mein Eindruck ist: Die Dimensionen, wie viel Energie gebraucht wird und wo sie künftig herkommt, das ist in Berlin noch gar nicht klar“, sagte ein Unternehmer. „Wir fahren Kohle und Atomkraft runter, aber bis die Infrastruktur für Alternativen steht, vergehen noch Jahre. Die gesicherte Leistung geht immer weiter

herunter.“

Die IHK zu Dortmund informiert nun in drei Webinaren über die aktuellen Entwicklungen auf den Energiemärkten und gibt Einblicke das politische Geschehen in Berlin und Brüssel. Sie sind identisch aufgebaut und werden jeweils um aktuelle Entwicklungen ergänzt. Die Webinare finden statt am 8. November, 22. November und am 6. Dezember, jeweils von 12:00 bis 13:00 Uhr. Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Informationen zur Zuschaltung sowie zu weiteren Info-Angeboten der IHK zum Thema Energie – etwa regulatorische Änderungen, Veranstaltungen, Fortbildung von Auszubildenden zu Energiescouts oder Energie-Effizienznetzwerken: Torsten Mack, Tel. 0231 5417-274, E-Mail: t.mack@dortmund.ihk.de

**Info-Veranstaltung zum Thema
„Bürger-Windpark – packen
wir’s an!“ fand großes
Interesse**



Die Info-Veranstaltung in der Ökologiestation war gut besucht und regte zu lebhaften Diskussionen an.

Da hatte der Aktionskreis Wohnen und Leben mit seiner Veranstaltung „Bürger-Windpark – packen wir’s an!“ in der Ökostation am Montagabend wohl den aktuellen Zeitgeist, vor allem auch mehr für die eigene Energie-Versorgungssicherheit zu tun, sehr gut getroffen. Geschätzte 70 Zuhörer/-innen waren gekommen, um sich die Impulsreferate von Thomas Backes/I. Beigeordneter der Stadt Coesfeld mit dem Titel „Windenergie in Coesfeld mit Bürgerbeteiligung zu mehr Wertschöpfung in der Region“ und Rainer Nickel/Soziologe u. freier Energieberater aus Köln zum Thema „Bürgerbeteiligung und Stadtwerke“ anzuhören. Der Vors. des Aktionskreis, Karlheinz Röcher, fungierte als Moderator der Veranstaltung.

Die persönliche Begrüßung zu Beginn der Veranstaltung galt den beiden Referenten sowie Bernd Schäfer als Bürgermeister, Jochen Baudrexl als GSW-Geschäftsführer und Stephan Rieping als Vorstandsvorsitzender der Bürger-Energie-Genossenschaft „Sonnenwende“ aus der Region „Gütersloh/Harsewinkel“. Der

äußerst interessante Vortrag von Thomas Backes, der immer wieder auch Nachfragen unter den Zuhörern auslöste, zeigte den langen, aber sehr erfolgreichen Weg in der Stadt Coesfeld beim massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien durch die Errichtung von 28 neuen Windkraftanlagen mit Bürgerbeteiligung seit 2017. Der umfangreiche Planungsprozess in der Verwaltung begann schon 2011 und erhielt seine Absicherung durch entsprechende Ratsbeschlüsse in 2012. Wahrlich eine Erfolgsgeschichte, die auch schon eine entsprechende Resonanz in den überregionalen Medien gefunden hat. Thomas Backes zeigte zum Schluss seiner Ausführungen dann auch noch die neuen Planungen der Stadt Coesfeld, die unter den aktuellen Bedingungen eine wesentliche Verkürzung des Planungsprozesses erwarten ließen. Eine einfache Übertragung auf die Verhältnisse in Bergkamen-Kamen-Bönen-Werne-Lünen könne es natürlich nicht geben. Dennoch, so Karlheinz Röcher: „Der Vortrag war inspirierend und ermutigend, auch hier vor Ort solche Projekte mit Bürgerbeteiligung voran zu bringen.“

Im 2. Impulsreferat zeigte Rainer Nickel die prinzipiellen Schwierigkeiten von Stadtwerken mit Bürgerbeteiligungen auf. Alle Stadtwerke stehen gerade jetzt unter einem enormen finanziellen Druck, da sie aus den Gewinnen im Energiebereich weitere Felder der Daseinsvorsorge einer Kommune mitfinanzieren sollen/müssen. Schon in der Vergangenheit – so der Referent – hätten Stadtwerke Bürger-Energie-Genossenschaften eher als Konkurrenten in ihrem Markt verstanden. Das es auch anders gehe, dafür gebe es auch in Deutschland positive Beispiele.

Für Jochen Baudrexl war diese Sicht der Dinge – speziell auf die GSW – nicht nachvollziehbar, so dass dieser sich mit einigen Beiträgen in die dann beginnende Diskussion einmischte. Tenor: Die GSW habe in den letzten 10 Jahren sehr viel Geld in die Hand genommen, um den Anteil an Erneuerbaren Energien aus eigener Produktion zu erhöhen. Leider sei dies vor Ort aber nicht umsetzbar gewesen, sondern in Bayern mit Windparks sowie mit Beteiligungen an Offshore-Projekten in der Nordsee. Für einige Zuhörer war die erkennbare Zuspitzung der Diskussion das Signal, den Blick nach vorne zu richten, um gemeinsam mit der GSW den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien mit Bürgerbeteiligung zu gestalten.

Und wie soll es mit dem Projekt „Gründung einer Bürger-

Energie-Genossenschaft im Raum Bergkamen-Kamen-Bönen-Werne-Lünen“ weitergehen, war die abschließende Frage an den Moderator. Karlheinz Röcher nannte die aus seiner Sicht notwendigen weiteren Schritte:

– das Thema „Gründung...“ weiter in die Öffentlichkeit zu tragen z.B: durch weitere Infostände in Bönen bzw. Lünen bzw. Fortsetzung der Unterschriftensammlung (aktueller Stand: 142, gestern alleine 30);

– das Thema muss in die kommunalen Parlamente kommen. In Bergkamen wäre es ein wichtiges Signal, wenn der Rat beschließen würde, auf der Halde „Großes Holz“ Baurecht zu schaffen, nachdem der RVR als Flächenbesitzer grünes Licht für Windkraft- u. PV-Projekte gegeben hat. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, wenn die Kommunen eine gemeinsame Arbeitsgruppe bilden würden, die sich des Themas „weiterer Ausbau der Erneuerbaren Energien“ annimmt;

– es muss ein überzeugendes Start-Projekt für die Gründung der Bürger-Energie-Genossenschaft gefunden werden;

– last-not-least müssen die Menschen gefunden werden, die die Genossenschaft führen und entwickeln wollen. Das sind 3 Vorstandsmitglieder und 5-7 Aufsichtsräte. Und alles im wesentlichen ehrenamtlich.

Die Finanzierung der Projekte ist in aller Regel ein kleineres Problem: Es gibt zahlreiche Beispiele, wo beim Start innerhalb kürzester Zeit die Anteile von 300 und mehr Leuten gezeichnet wurden.

Das Fazit für Karlheinz Röcher: Das Motto kann nur lauten „Packen wir's an – wenn nicht jetzt, wann dann?“

**Bürger-Energie-Genossenschaft
soll Anfang 2023 gegründet
werden: Montag weitere Info-**

Veranstaltung



Info-Stand mit Unterschriftensammlung für die Gründung einer Bürger-Energiegenossenschaft im Raum Bergkamen, Kamen, Bönen, Lünen und Werne.

Nach zwei Infoständen auf dem Markt in Kamen, einem Infostand in Rünthe und zwei Infoständen auf dem Markt in Werne hat der Aktionskreis am Freitag den Markt in Kamen für den nun 6. Infostand genutzt.

Mit insgesamt 16 Unterschriften auf die Unterstützerliste zur Gründung einer Bürger-Energie-Genossenschaft im Raum Bergkamen-Kamen-Bönen-Werne-Lünen an diesem Tag war das sehr erfreulich. Interessante Gespräche mit interessierten BürgerInnen gab es zusätzlich. Der Aktionskreis hat damit bislang schon 90 Unterstützerunterschriften gesammelt und wird die Aktion mindestens bis Ende des Jahres weiter verfolgen. „Die Gründung einer Genossenschaft könnte im I. Quartal 2023 denkbar sein. Wichtig wäre natürlich, dass dafür auch eine breite Unterstützung aus Politik und Verwaltung aus den genannten Kommunen signalisiert würde“, erklärte der Sprecher des Aktionskreises Wohnen und Leben Bergkamen Karlheinz Röcher.

Am kommenden Montag (18.00 Uhr, Ökostation in Bergkamen) setzt

der Aktionskreis seine Veranstaltungsreihe in diesem Jahr zum Ausbau der Erneuerbaren Energien fort mit dem Thema „Bürger-Windpark – packen wir's an!“. Mit dem ersten Beigeordneten der Stadt Coesfeld, Thomas Backes, konnte für das Impulsreferat ein Referent gewonnen werden, der über die Voraussetzungen eines erfolgreichen Bürger-Windprojektes im Nachbarkreis „Coesfeld“ berichten wird. Im 2. Impulsreferat beschäftigt sich Rainer Nickel (Soziologe u. freier Energieberater) mit dem Thema „Bürgerbeteiligung und Stadtwerke“. Danach wird noch Zeit für eine offene Diskussionsrunde sein. Der Aktionskreis hat dazu Politik und Verwaltung in Bergkamen eingeladen – aus den Nachbarstädten Kamen und Werne auch die Bürgermeister. Bürgermeister Bernd Schäfer hat sein Kommen bereits angekündigt.